



PRESSEMITTEILUNG
24.07.2018

Bezahlbares Wohnen: SPD setzt die Münchner Mietpreisbremse durch

Die Münchner Mietpreisbremse kommt: Die SPD-Stadtratsfraktion setzt damit mehr Mieterschutz durch und sichert langfristig bezahlbaren Wohnraum in kommunaler Hand. Der Beschluss dazu soll morgen in der Vollversammlung des Stadtrates fallen. Nachdem der Kooperationspartner CSU seine Zustimmung zu der SPD-Initiative erklärt hat, ist eine Mehrheit gesichert. So sieht die kommunale Mietpreisbremse aus:

Preisbremse: Das Gesetz erlaubt Mieterhöhungen um 15 Prozent in drei Jahren. Auf Antrag der SPD wird bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften künftig eine deutlich strengere Kappungsgrenze gelten: Die Miete darf um maximal zehn Prozent in fünf Jahren erhöht werden. Außerdem muss sie mindestens zehn Prozent unter dem Mietspiegel bleiben.

Sozialbindung: In den letzten Jahren ging immer wieder bezahlbarer Wohnraum verloren, weil geförderte Wohnung aus der Bindung fielen. Diese wird deshalb verlängert: Alle städtischen Wohnungen im Förderprogramm München Modell Miete sind künftig 60 anstatt 40 Jahre gebunden. Das soll auch für Neubauvorhaben auf städtischen Flächen gelten.

Modernisierungsumlage: Statt der gesetzlich möglichen elf Prozent dürfen nur fünf Prozent beziehungsweise maximal drei Euro pro Quadratmeter innerhalb von sechs Jahren auf die MieterInnen umgelegt werden. Das soll sowohl für die Wohnungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaften als auch für alle Projekte aus dem geförderten und preisgedämpften Wohnungsbau gelten.

Der stellv. SPD-Fraktionsvorsitzende **Christian Müller**, wohnungspolitischer Sprecher, sagt:

„Die Münchner Mietpreisbremse ist echter Mieterschutz und sie ist Ausdruck unseres Ziels, von städtischer Seite alles zu tun, um bezahlbaren Wohnraum zu sichern. Was wir von privaten Vermietern fordern, müssen wir als Stadt auch selbst umsetzen. Deshalb haben wir im März die Münchner Mietpreisbremse gefordert – morgen wird der Stadtrat darüber entscheiden, eine Mehrheit zeichnet sich bereits jetzt ab. Wie von uns gefordert sieht die Münchner Mietpreisbremse eine deutlich strengere Kappungsgrenze, eine längere Bindungsdauer an die Förderrichtlinien und eine geringere Belastung der Mieterinnen und Mieter durch Modernisierungskosten vor.

Das soll die Stadt dort umsetzen, wo sie es kann: Bei ihren eigenen Wohnungen, dem Bestand der städtischen Wohnungsbaugesellschaften. Die verlängerte Bindungsdauer



sowie die Regelung zur Modernisierungsumlage soll außerdem für Projekte auf städtischen Flächen beziehungsweise in städtischen Fördermodellen gelten.

Wir freuen uns, dass auch die CSU nun unserer Initiative zustimmen möchte, nachdem sie zunächst in einem Antrag eine abgeschwächte Form der Münchner Mietpreisbremse gefordert hatte und nachdem sie im letzten Plenum, als wir den Schutz für MieterInnen in Erhaltungssatzungsgebieten gestärkt haben, gegen diese Verbesserung gestimmt hatte. Es ist wichtig, dass wir eine breite Mehrheit für die kommunale Mietpreisbremse haben, damit sie Signalwirkung über München hinaus haben kann. Die Stadt zeigt: Uns sind die Menschen wichtiger als der Profit! Wohnen muss bezahlbar sein und die Menschen müssen sich das Leben in unserer Stadt leisten können.

Die kommunale Maßnahmen sind nur ein Teil der Lösung. Wir brauchen dringend auch eine Reform des Mietspiegels und eine schärfere, gesetzliche Mietpreisbremse. Die Union muss ihre Blockade dagegen auf Bundesebene endlich aufgeben.“

Weitere Informationen:

Christian Pfaffinger, Pressesprecher der SPD-Stadtratsfraktion
Rathaus, 80331 München

Tel. (089) 233-92639 / Fax (089) 233-24599

christian.pfaffinger@muenchen.de / <http://www.spd-rathausmuenchen.de>

[Folgen Sie uns bei Facebook unter www.facebook.com/Stadtrat.Muenchen](http://www.facebook.com/Stadtrat.Muenchen)